

Das östliche Mittelmeer – eine unbeachtete Front des Kriegs in der Region

Sylvain Henry, orientxxi.info, 12.06.26

Am 2. März 2026, zwei Tage nach Beginn des amerikanisch-israelischen Angriffs auf den Iran, wurden britische Militärstützpunkte auf Zypern Ziel von Drohnenangriffen. Der Sachschaden hielt sich zwar in Grenzen, doch das Militärpersonal und die Bewohner der umliegenden Ortschaften wurden evakuiert.

Zunächst wurde der Iran beschuldigt, doch andere Quellen deuteten auf eine Beteiligung der libanesischen Hisbollah hin. Im Juni 2024 war Zypern vom Hisbollah-Führer Hassan Nasrallah direkt mit Vergeltungsmaßnahmen bedroht worden, da es im Dienste des Staates Israel stand.

Während die israelische Besetzung des Südlibanon eine erhebliche Eskalation des Projekts „Groß-Israel“ darstellt, festigen die militärischen und energiepolitischen Kooperationen zwischen dem Staat Israel, Griechenland und Zypern eine strategische Allianz, die die Integration Tel Avivs in die Region stärken soll.

Der britische Premierminister Keith Starmer hat geleugnet, dass von Stützpunkten auf Zypern aus US-Luftangriffe geflogen wurden. Es ist jedoch unbestreitbar, dass diese Stützpunkte dem Staat Israel umfangreiche logistische Unterstützung leisten, die über reine „Verteidigungsoperationen“ hinausgeht.

Angesichts dieser Eskalation gegen ein europäisches Staatsgebiet haben verschiedene Regierungen der Europäischen Union eine Verstärkung ihrer militärischen Präsenz im östlichen Mittelmeer angekündigt.

Insbesondere Frankreich, Griechenland und Großbritannien haben zusätzliche Schiffe und verstärktes Militärpersonal mobilisiert. Auf türkischer Seite wurden ebenfalls Verstärkungstruppen im nördlichen Teil Zyperns stationiert.

Der zyprische Präsident Nikos Christodoulides äußerte sich äußerst kritisch gegenüber der Reaktion Londons, die er als verspätet und halbherzig bezeichnete, und bedauerte seine Unfähigkeit, den Drohnenangriff zu verhindern. Auf der Insel hat sogar eine erste Debatte über die Zukunft dieser Stützpunkte begonnen, die ein Erbe des britischen Kolonialreichs sind. Im Frühjahr 2025 ist eine länderübergreifende Kampagne unter dem Motto „Stützpunkte raus aus Zypern“ (Bases off Cy-

prus) gestartet, an der sich eine Anzahl lokaler, amerikanischer und britischer Organisationen beteiligt, die nicht nur die Schließung dieser Stützpunkte und ein Waffenembargo fordern, sondern auch die Übergabe der Beweise, die bei Überwachungs- und Aufklärungsflügen über dem Gazastreifen gesammelt wurden, an die internationale Justiz, die für die Beurteilung der Verantwortlichkeiten und der Mittäterschaft bei Kriegsverbrechen zuständig ist.

Die mobilisierten britischen Militärstützpunkte

Abgesehen von einigen Erwähnungen in der britischen Publikumspresse standen diese Militärstützpunkte weitgehend im Schatten. Diese Zurückhaltung wurde durch ein an die Presse gerichtetes Regierungsmemo gefördert. Dennoch spielen diese Stützpunkte eine zentrale Rolle bei den amerikanischen und britischen Operationen im Nahen Osten. Bereits seit Oktober 2023 spielten sie eine wichtige logistische Rolle bei den Militäroperationen gegen Gaza. Sie sicherten eine lebenswichtige Versorgungslinie für die US-Armee und ermöglichten gleichzeitig die Umsetzung von mehr als 650 Überwachungs- und Aufklärungsmissionen über Gaza, wobei die Daten mit dem Staat Israel geteilt wurden. Insbesondere die Anzahl und Dauer der Flüge – die oft mit bedeutenden israelischen Operationen zusammenfielen – deuten auf ein Maß an Zusammenarbeit hin, das weit über das offizielle Ziel der „Befreiung israelischer Geiseln“ hinausgeht. 1

Diese militärische Zusammenarbeit wurde durch ein geheimes Abkommen über gegenseitige Verteidigung zwischen London und Tel Aviv verstärkt, das laut freigegebenen Dokumenten darauf abzielt, „den destabilisierenden Aktivitäten des Iran und der Hisbollah in der Region entgegenzuwirken“. 2

Diese strategische Bedeutung der Insel ist nicht neu. Bereits im Sommer 2017 nutzte die israelische Armee sie mehrfach für Übungen, bei denen Kampfhandlungen im Südlibanon simuliert wurden, wobei eine noch nie dagewesene Zahl israelischer Soldaten im Ausland eingesetzt war. Dieses Gebiet war wegen seiner topografischen Ähnlichkeit mit dem Libanon ausgewählt worden. 3

Eine Achse von Griechenland über Zypern bis zum Staat Israel

Die Rolle dieser Stützpunkte lässt sich nicht losgelöst von einem umfassenderen Wandel im östlichen Mittelmeerraum verstehen, wo die beschleunigte Militarisierung in direktem Zusammenhang mit energiepolitischen und strategischen Projekten steht. In jüngster Zeit hat sich die Annäherung zwischen Griechenland, Zypern und dem Staat Israel schrittweise zu einem echten Bündnis entwickelt, das sich um drei miteinander verknüpfte Schwerpunkte dreht: Wirtschaftsabkommen, eine auf Erdgas ausgerichtete Zusammenarbeit im Energiebereich sowie die Stärkung der militärischen und sicherheitspolitischen Beziehungen.

Diese Annäherung wird durch Rivalitäten um die Festlegung der Seegrenzen und um die Energieressourcen im östlichen Mittelmeerraum angeheizt. Sie hat sich nach der Entdeckung bedeutender

Erdgasvorkommen im Jahr 2011 beschleunigt, von denen sechs bereits in der ausschließlichen Wirtschaftszone (AWZ) Zyperns identifiziert wurden. Diese Entdeckungen haben sowohl die maritimen Rivalitäten mit der Türkei verschärft als auch die sicherheitspolitische Zusammenarbeit mit dem Staat Israel gestärkt, um die Energieinfrastrukturen und Seewege zu sichern. 4

Ein Segen für israelische Rüstungsunternehmen

Seit der türkischen Besetzung Nordzyperns wurde die Pufferzone zwischen den beiden Teilen der Insel (die sogenannte „Grüne Zone“) mit von israelischen Unternehmen entwickelten Überwachungstechnologien ausgestattet, um die Kontrolle der Migrationsrouten zu gewährleisten. Gleichzeitig hat Griechenland seine Flüchtlingslager in der Ägäis mit Überwachungs- und Kontrolltechnologien ausgestattet, die von israelischen Unternehmen entwickelt wurden. Diese Projekte, die vorübergehend ausgesetzt waren, wurden im Oktober 2025 mit der Ankündigung eines „Waffenstillstands“ im Gazastreifen wieder aufgenommen.⁵

Vom griechischen Parlament im Dezember 2025 genehmigt, umfasst diese Zusammenarbeit den Kauf von 36 Präzisionsraketenabschussystemen (PULS) im Wert von 758 Millionen Dollar (646 Millionen Euro) im Zusammenhang mit einer umfassenderen Investition in Höhe von rund 3 Milliarden Euro, die zum Aufbau eines Raketenabwehrsystems für die Ägäis dienen soll, vergleichbar mit dem israelischen „Iron Dome“. Dieser Plan ist Teil eines von Griechenland initiierten Programms zur Modernisierung des Militärs im Umfang von 28 Milliarden Dollar (24 Milliarden Euro).

Auch Zypern hat seinerseits ein Raketenabwehrsystem eingerichtet. Am 22. Dezember 2025 kündigten die drei Länder bei einem trilateralen Gipfeltreffens die Intensivierung gemeinsamer Manöver, eine verstärkte Koordinierung der Sicherheitsplanung sowie die Schaffung einer gemeinsamen Streitmacht an, die in Krisenfällen mobilisiert werden kann.

Ein Seekorridor bis nach Indien

Die durch diese Militärabkommen abgesicherten Energieprojekte bilden eine der Säulen dieses Bündnisses. Dazu gehört der *Great Sea Interconnector (GSI)*, der das Stromnetz Zyperns und Griechenlands verbinden soll und dessen Erweiterung bis in den Staat Israel geplant ist. Das Projekt, das die energiepolitische Isolation Zyperns beenden und das Land in den europäischen Markt integrieren soll, soll auch die regionale Energiesicherheit stärken, indem die Abhängigkeit von russischem Gas verringert wird. Unter dem Deckmantel einer „grünen Wende“ und der Diversifizierung der Energieversorgungswege spiegelt das Projekt eine umfassendere Neuordnung im östlichen Mittelmeerraum wider, die auf der Normalisierung der Beziehungen und der regionalen Integration des Staates Israel basiert.

Auf dem Gipfel bekundeten die drei Länder ihre Absicht, sich dem Wirtschaftskorridor Indien–Naher Osten–Europa (IMEC) anzuschließen. Unter amerikanischer Schirmherrschaft zielt dieser darauf ab, den europäischen Markt und Südasien durch Verkehrs- und Handelsinfrastrukturen sowie Kooperationen im Energiebereich miteinander zu verbinden; er erstreckt sich von Indien über die Vereinigten Arabischen Emirate, Saudi-Arabien und den Staat Israel bis nach Griechenland und Zypern.

Für den israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu stellt dieses Projekt das „Grundgerüst“ eines strategischen Korridors dar, der den Staat Israel in diese Wirtschafts- und Energienetze integrieren soll. Mit Unterstützung der EU soll es zudem dem chinesischen Projekt der Neuen Seidenstraßen (BRI) entgegenwirken. Das Projekt befindet sich zwar noch in der Vorbereitungsphase, wurde jedoch durch Abkommen zwischen Indien und den Vereinigten Arabischen Emiraten gestärkt, die anlässlich des Besuchs des indischen Premierministers Narendra Modi in den Vereinigten Arabischen Emiraten am 15. Mai bestätigt wurden.

Die Annäherung an die Vereinigten Staaten

Der Krieg gegen Gaza bildet somit den Auftakt zu einer umfassenderen Neugestaltung des „Nahen Ostens“. Über seine logistische Funktion bei militärischen Operationen hinaus spielt Zypern in bestimmten politischen Überlegungen zur Zukunft der Palästinenser eine Rolle. Im Januar 2025 wurden verschiedene Staaten als potenzielle „Umsiedlungsorte“ für die Palästinenser genannt: Ägypten, Jordanien, Somalia oder Uganda. Etwas überraschender war, dass Zypern in einigen vorläufigen Entwürfen als möglicher Standort für die Einrichtung riesiger Lager, sogenannter humanitärer Transitzonen (HTA), aufgeführt wurde.⁶

In einem Sechs-Punkte-Plan, der am 13. Oktober 2025 auf dem Gipfeltreffen in Sharm el-Sheikh in Ägypten vorgestellt wurde, schloss sich Präsident Christodoulides der US-amerikanischen Sichtweise an. Zur Begründung dieser Haltung verwies er auf die geografische Nähe der Insel zum Kriegsschauplatz, die seiner Meinung nach Verpflichtungen für Zypern mit sich bringe.⁷

Diese außergewöhnliche Lage würde es ermöglichen, „neutrale“ humanitäre Hilfe zu leisten, die angesichts eines externen Konflikts als nützlich dargestellt wird. Seit Oktober 2023 hat die zypriische Regierung stets eine Rolle verteidigt, die als rein humanitär dargestellt wird, insbesondere durch den Seekorridor nach Gaza, der vom Hafen von Limassol aus betrieben wird.⁷

Diese Argumente lassen jedoch die Funktion Zyperns als Logistikkreuzung außer Acht, dessen Infrastruktur darauf abzielt, die regionalen Seeverkehrskorridore zu sichern und den internationalen Hintergrund für die Verwaltung des palästinensischen Gebiets zu festigen.

Schließlich sind Zypern und Griechenland dem Friedensrat von Donald Trump – der den Wiederaufbau des Gazastreifens überwachen soll – als „Beobachtermitglieder“ beigetreten, während Niko-

sia bis zum 1. Juli den Vorsitz im Rat der EU innehat. Griechenland hat seinerseits zugestimmt, sich an der Internationalen Stabilisierungstruppe (FIS) zu beteiligen, die für die Sicherung und Entmilitarisierung der palästinensischen Enklave zuständig ist, indem es medizinisches und technisches Personal sowie eine Komponente für Sicherheitspatrouillen bereitstellt.

Die Türkei im Visier

Während die israelische Besetzung des Südlibanon eine erhebliche Eskalation des Projekts „Groß-Israel“ darstellt, festigen die militärischen und energiepolitischen Kooperationen zwischen dem Staat Israel, Griechenland und Zypern eine strategische Allianz, die die Integration Tel Avivs in die Region stärken soll.

Diese Entwicklung wird von der Türkei genau beobachtet, wobei die Spannungen zwischen beiden Ländern die Möglichkeit einer direkten Konfrontation schüren. Beim trilateralen Gipfel Ende Dezember 2025 hatte Netanjahu gewarnt, dass „diejenigen, die glauben, ihre Reiche und ihre Herrschaft über unser Land wiederherstellen zu können“, gut daran täten, „das zu vergessen“⁵ – in Anspielung auf das Osmanische Reich.

Angesichts dieser Neuordnung scheinen sich andere Bündnisse abzuzeichnen. So lotet die Türkei eine Annäherung an den saudisch-pakistanischen Beistandspakt aus und schafft damit einen Block, der dem Staat Israel und seinen Partnern Konkurrenz macht.

Diese regionalen Rivalitäten spielen sich auf verschiedenen Schauplätzen ab, insbesondere in Syrien. Seit Dezember 2024, nach dem Sturz des Regimes von Baschar al-Assad, ist der Wiederaufbau des Landes zu einem strategischen Wettstreit geworden. Während die Türkei einen einheitlichen Staat verteidigt, der ihren Interessen entspricht, bevorzugt der Staat Israel eine zersplitterte Konstellation, die durch die illegale militärische Besetzung und wiederholte Bombardements dauerhaft untergraben wird.

Im Sinne einer Blockpolitik formulierte Benjamin Netanjahu dieses Vorhaben Ende Februar 2026 neu: „Nach der Vision, die sich mir bietet, werden wir ein ganzes System schaffen, im Wesentlichen ein ‚Sechseck‘ aus Bündnissen rund um oder innerhalb des Nahen Ostens. Dazu gehören Indien, die arabischen Staaten, die afrikanischen Staaten, die Mittelmeerländer (Griechenland und Zypern) sowie Länder in Asien, auf die ich derzeit nicht näher eingehen werde.“⁶

Diese Achse soll dem entgegenwirken, was er als „radikale Achsen“ bezeichnet, die er sowohl mit der „schiitischen Achse“ (dem iranischen Feind) als auch mit einer „aufstrebenden sunnitischen Achse“ (dem türkischen Regime) gleichsetzt. Im Staat Israel macht sich die politische und wirtschaftliche Elite diese Normalisierungsziele voll und ganz zu eigen. Dies wurde im Mai 2024 deutlich, als Netanjahu seinen Plan mit dem Titel *Gaza 2035* vorstellte, der die Umwandlung der Enklave in eine regionale Wirtschaftsplattform vorsah. Dieses Projekt sah die Schaffung einer Frei-

handelszone vor, die mit Verkehrsinfrastrukturen, Ölpipelines und Handelskorridoren verknüpft ist, um das Gebiet in die regionalen und globalen Versorgungswege zu integrieren. In dieser Vision wird Gaza als ein Raum beschrieben, der „aus dem Nichts“ wieder aufgebaut werden soll, als eine Art Tabula rasa, die zu einem Investitions- und Produktionszentrum umgestaltet werden soll.

Wie Adam Hanieh, Robert Knox und Rafeef Ziadah feststellen, ist diese Art von Prognose weniger wegen ihrer unmittelbaren Realisierbarkeit von Bedeutung als vielmehr wegen der ideologischen Funktion, die sie erfüllt: nämlich die Vorstellung einer Zukunft zu vermitteln, in der die regionale wirtschaftliche Integration des Staates Israel mit dem Verschwinden des palästinensischen Widerstands und der Umwandlung der Palästinenser in eine unterwürfige Arbeitskraft einhergehen würde.

Sylvain Henry ist ehemaliger Student der Sozialwissenschaften an der Universität Paris Diderot – Paris 7 und an der Universität Wien. Derzeit im Praktikum in Nikosia beim Cyprus Refugee Council (CyRC).

1 Iain Overton, „ US flew spy flights for UK months before MoD admitted it „, frei gegeben, 12. August 2025.

2 John McEvoy, „ Britain’s secret defence plan with Israel“, Frei gegeben, 9. Oktober 2024,

3 <https://orientxxi.info/chypre-porte-avions-britannique-au-service-d-israel,8366>

4 <https://orientxxi.info/montee-des-tensions-autour-du-gaz-en-mediterranee,2303>

5 <https://orientxxi.info/pourquoi-chypre-reste-t-elle-divisee,4334>

6 Jonathan Landay et Aram Romston, „ Exclusive : Proposal outlines large-scale ‚Humanitarian Transit Areas‘ for Palestinians in Gaza, Reuters, 11 Juli 2025.

7 Tom Cleaver, „ Cyprus offers ‚operational support‘ for Trump’s Gaza plan „, Cyprus Mail, 23 Oktober 2025.

8 La Palestine au cœur du capitalisme mondial, éditions Amsterdam, 2026.

Quelle: <https://orientxxi.info/La-Mediterranee-orientale-un-front-ignore-de-la-recomposition-regionale>

Übersetzung: Pako – palaestinakomitee-stuttgart.de